

27.07.2014

„Alma im Parlament - wir schauen genau hin“

Da war sie also, die erste Sitzung des Gemeindeparlaments nach den Bürgermeisterwahlen. Der erste Eindruck, den die Tagesordnung hinterließ, erschien nicht übermäßig spektakulär. Aber es ist wie überall im Leben, wenn man etwas genauer hinschaut, macht sich das immer wieder bezahlt. Insbesondere die Verabschiedung einer Gebührensatzung und der Antrag der CDU zur Digitalisierung der Fahrrad- und Wanderwege erschienen danach in einem etwas anderen Licht.

Bezüglich der Gebührensatzung ist klar, die Öffentliche Verwaltung basiert auf einer Grundfinanzierung durch die Steuern und Abgaben jedes Bürgers/jeder Bürgerin. Wenn darüber hinaus für bestimmte Verwaltungsdienstleistungen gesonderte Leistungen seitens der Bürger/innen verlangt werden, was absolut statthaft ist, müssen die zugrunde liegenden Regelungen aber klar und eindeutig sein. Auch die daraus resultierenden Einnahmen müssen in einer sinnvollen Relation zum Aufwand liegen. Es kann auch nicht bestritten werden, dass die Verwaltung nicht durch willkürliche Widersprüche seitens der Bürger/innen belastet werden sollte.

Andererseits darf das Satzungswerk aber nicht zu einer Einspruchsverhinderungs-Einrichtung werden, angesichts derer nur der seine Rechte wahren kann, der bereit ist, ein finanzielles Wagnis einzugehen. Daher ist es von großer Wichtigkeit, dass eine solche Satzung besonders klar und verständlich sein muss, bestehende Unschärfen müssen beseitigt werden. Eine Kostenspanne für allgemeine Anfragen, die laut Satzungsentwurf 20 bis 500 Euro beträgt macht erst mal Angst. Auch wenn so genannte einfache Anfragen kostenlos sind, nirgendwo ist definiert, wann denn eine Anfrage nicht mehr einfach ist. Auch die Kostenberechnung nach Zeitaufwand, die darüber hinaus verschiedene Tarife aufweist, je nach dem, welche Hierarchie-Ebene die Antwort erstellt, ist auf den ersten Blick nicht überaus vertrauenerweckend. Abgesehen davon fehlt ALMA ein Hinweis, wie sich die Bürger/innen denn gegen fehlerhafte Auskünfte wehren können.

Der Vorschlag der ALMA, die angesprochenen und möglicherweise noch weiteren Unschärfen in der Satzung erst nochmals im Haupt- und Finanzausschuss zu klären, fand einhellige Zustimmung.

Anders war es beim CDU-Antrag zur Katalogisierung sowie Digitalisierung der gemeindlichen Wander- und Radwege bei gleichzeitiger Überprüfung der jeweiligen Passier- und Begehbarkeit. Dass solch eine Aufgabe erhebliche Kapazitäten in der Verwaltung erfordert und dazu führt, dass andere, wahrscheinlich wichtigere Aufgaben, liegen bleiben, haben die Antragsteller wohl übersehen. Wie auch die Tatsache, dass die Ausweisung von Rad- und Wanderwegen, die an der Gemeindegrenze enden, nicht als übermäßig sinnvoll erscheint. Und übersehen hat man wohl auch, dass sogar der Münsterer Ortsplan seit Jahren schon über www.stadtplan.net digital abrufbar ist, wenn auch nicht so schön bunt. Aber die Bedeutung der großflächigen Farbgestaltung kennt sowieso niemand mehr. Darüber hinaus gibt es eine sehr empfehlenswerte „Freizeitkarte Darmstadt/Dieburg“, die die Interessen aller Bewegungsbedürftigen voll und ganz erfüllt. Auch die Überprüfung der Passier- und Begehbarkeit der Wege sollte nicht aufwändig von Gemeinde-Bediensteten übernommen werden. Es wäre doch viel einfacher, eine „Kummernummer“ zu veröffentlichen, unter der Erholungssuchende Probleme melden können.

Trotz verschiedenster Begründungen und Argumente, die jedoch nicht Bestandteil des ursprünglichen Antrages waren, erklärte sich die CDU allerdings dann doch bereit, ihren Antrag erst einmal im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zu diskutieren. Ansonsten hätte man sagen müssen: Thema verfehlt.

Wir werden mit Sicherheit auch weiterhin genau zuschauen und Vorschläge erarbeiten, die im Interesse der Münster Bevölkerung liegen. Wir halten Sie natürlich auf dem Laufenden.